

Udo Buchholz, Fraktion GAL / Die Linke im Rat der Stadt Gronau

Haushaltsrede (für die Fraktion GAL / Die Linke)

15.05.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

nach monatelangen Beratungen und Debatten scheint es endlich so weit zu sein: Wir stehen **kurz vor der Verabschiedung des Gronauer Haushaltes für 2024**. Ob es wirklich eine Ratsmehrheit für den Verwaltungsentwurf geben wird, wird sich dann gleich bei der Auszählung der Stimmen zeigen.

Zeigen wird sich dann auch, was letztlich vom Budgetentwurf der Verwaltung übrig geblieben sein wird. **Streng genommen weiß ja kaum noch jemand genau, worüber wir gleich im Detail abstimmen werden bzw. welche Auswirkungen der Beschluss des ganzen Budgetpaketes haben wird**. Immerhin ging es in den Beratungsgremien teilweise wie auf dem Markt zu. Und worüber in zum Teil nächtlichen Sitzungen beraten wurde, wusste am nächsten Morgen wohl selbst nach einem starken Kaffee kaum noch jemand.

Und ob der Gronauer Haushalt am Ende von übergeordneter Stelle genehmigt wird und ob wir der **Haushaltssicherung** entgehen werden, das wird sich wohl erst kurz vor den Sommerferien klären.

Fest steht: **Der Vorschlag zur Verdoppelung der Grundsteuern stieß auf breite Ablehnung**, bei den Fraktionen und auch bei der Bevölkerung. Warum die Verwaltung mit solch einem Horrorszenario gearbeitet hat, ist für unsere Fraktion schleierhaft.

Da hätte es alternativ einige Ansatzpunkte für ein sinnvolles Sparen gegeben - die Arbeit hat man sich aber nicht gemacht. Es ist ja einfacher die Einnahmen durch Steuererhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger zu vermehren. Dies ist ideenlos und kein Zeugnis für eine bürgernahe Verwaltung.

Eine dicke Einsparung, die direkt ins Auge fällt, wäre gewesen, auf eine neue, kostenintensive Gesellschaft, die QEG, zu verzichten, die ein Ärztehaus bauen soll. Ist schon der Bau eines neuen Ärztehauses mit hohen Kosten verbunden, kommen durch die Gesellschaft noch zusätzliche Kosten durch Geschäftsführer, Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsräte hinzu.

Erschreckend ist dabei auch, dass jahrelange Planungen und Bemühungen durch ein Büro ausserhalb des Hauses nicht dazu geführt haben, ein Konzept für ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) zu erstellen. Rings um Gronau herum sind inzwischen MVZs an den Start gegangen, da die jeweiligen Gemeinden das Heft in die Hand genommen haben und zielstrebig zum Erfolg kamen. Hier in Gronau war mal geplant, ein MVZ 2023 an den Start zu bringen. Doch hat die Verwaltung nicht den Ehrgeiz gezeigt, dies zu realisieren.

Bis heute liegt kein Konzept vor. Es wird erst mal ein Haus gebaut. Das ist ein Armutszeugnis und grenzt fast an Arbeitsverweigerung. Jetzt hoffen CDU, SPD, Bündnis-Grüne und FDP darauf, dass der neuen Gesellschaft eine sinnvolle Idee vom Himmel fällt. Aber es deutet sich schon an, dass man sich von einem Ärztehaus, wegen eines fehlenden Konzeptes, inzwischen entfernt hat. Es soll ein Gesundheitszentrum mit einer bunten Mischung aus Arztpraxen, Apotheken, Sanitätsbedarf und anderem mehr werden. Und dies ist natürlich alles auch nicht in ein Konzept eingebunden. **GAL und Linke haben sich von Anfang an gegen diese viel zu teure und planlose Vorgehensweise ausgesprochen. Und dies alleine ist schon ein Grund, den Haushaltsentwurf abzulehnen. Leider gibt es noch andere Gründe.**

Es wäre von vornherein besser und einfacher gewesen, auf die höchst umstrittene QEG zu verzichten. Doch die vier Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis-Grünen und FDP, die an der QEG kleben wie ein Kaugummi unter der Schulbank, waren nicht zu überzeugen. Und so ist es scheinbar leichter, einen riesigen Betrag für die QEG-Geschäftsführung auf den Tisch zu legen, als endlich mal den **Freiwilligen Sozialen Leistungen** der Stadt ohne großes Geschacher zuzustimmen.

Was auf jeden Fall aus den Debatten der letzten Monate gelernt werden muss: **Der Haushaltsentwurf muss dem Rat und der Öffentlichkeit deutlich früher als bisher vorgestellt werden.** Eine Stadt wie Gronau mit rund 50.000 Einwohnerinnen und Einwohner braucht schon am Jahresanfang einen soliden Haushalt mit dem die Verwaltung und der

Rat, sowie die ganze Öffentlichkeit einschließlich Vereine und Verbände, arbeiten können.

Streng genommen müsste in diesem Jahr bereits zeitnah nach den Sommerferien der Haushaltsentwurf für 2025 vorgelegt werden.

Sicherlich ein frommer Wunsch. Aber die Erfahrung zeigt: Mit ca, 6 Monaten Vorlauf bis zum Beschluss und zur Genehmigung des Haushaltes muss in Gronau gerechnet werden.

Wie schon einleitend gesagt, ist es kaum noch möglich, den Überblick über den Umfang des aktuell zu beschließenden Haushaltes zu behalten: **Stellen wurden gestrichen, Bauprojekte auf ein oder mehrere Jahre geschoben, die Grundsteuern wurden rauf- und runter dekliniert und spätestens beim Thema Müllgebühren, die ja auch die Gemüter enorm bewegten und bewegen, war das Anwenden vorhandener Mathekenntnisse mehr als hilfreich.**

Zum Thema Müllgebühren und Bürgerentscheid kurz eingeflochten:
Sollte es im Sommer einen positiven Bürgerentscheid geben, wird es wieder die 14tägige Abholung der Restmülltonnen geben – obwohl die Restmülltonnen dann weitgehend leer sein werden. Und auf jeden Fall steigen dann die Müllgebühren erneut und der dann ggf. beschlossene und genehmigte Haushalt für die Stadt ist dann ruck zuck wieder hinfällig. **Die Fraktion GAL / Die Linke votiert daher für ein NEIN beim Bürgerentscheid und spricht sich für die aktuelle Leerung der Restmülltonnen alle vier Wochen aus.**

Ursprünglich hatte die Fraktion GAL / Die Linke übrigens im Rat die Änderung der Müllsatzung als einzige Fraktion abgelehnt. Viele finanzielle und ökologische Fragen waren offen und das Ganze war längst nicht entscheidungsreif.

Kritisiert wurde und wird von unserer Fraktion auch die Abschaffung der jährlichen Strauch- und Heckenschnitt-Abfuhr. Aber darüber wird im Bürgerentscheid leider nicht abgestimmt, sie wurde ersatzlos gestrichen. Wir empfehlen daher die Kompostierung auch von sperrigen Abfällen im eigenen Garten. Zudem können mit Strauch- und Heckenschnittresten in den Gärten wichtige Verstecke für Igel, Zaunkönige und andere Tiere geschaffen werden.

Trotz aller Klimawarnungen gibt es kein Konzept zur Steigung des Baum- und Heckenbestandes in der Innenstadt. Es gibt Planungen zum Pflanzen von Tiny-Bäumchen, aber der wertvolle Bruuner Busch soll für ein Wohngebiet gefällt werden. Immerhin: Dank der Proteste der

letzten Monate konnte erreicht werden, dass wenigstens ein Baumstreifen stehen bleiben soll. Unsere Fraktion wird sich weiterhin für die Rettung des ganzen Waldbereiches zwischen Zollstraße, Schiefe Straße und Enscheder Straße einsetzen.

Und wir werden uns weiterhin dafür stark machen, dass beim Drilandsee nicht noch mehr Natur zerstört wird. Wer in der jüngsten Zeit vor Ort gewesen ist, musste feststellen, dass weite Bereiche des Sees abgesperrt sind. Die gewohnte Umrundung direkt am Wasser ist nicht mehr möglich. Und der Plastik-Wasserspielplatz, der auch in diesem Jahr wieder im Badeseesee installiert werden soll, macht das Ganze Ambiente nicht attraktiver. Im letzten Sommer berichteten die Gronauer Nachrichten bereits über Pläne zur Erweiterung des Waterparks. Aus unserer Sicht keine erfreuliche Perspektive für den Drilandsee.

Offen ist weiterhin die Zukunft des ÖPNV in Gronau. Im Rahmen der Haushaltsberatungen wurde bereits beschlossen, die Ausgaben in Gronau pro Jahr auf 500.000 Euro zu begrenzen. Was damit genau geschehen soll, wurde nicht festgelegt. Soll es bei einer reduzierten Variante des G-Mobils bleiben, mit dem es immer wieder Probleme gibt, oder gibt es wieder eine Chance für ein Stadtbussystem? **Unsere Fraktion wird sich auf jeden Fall dafür einsetzen, dass wieder ein Stadtbussystem mit planbaren und verlässlichen Fahrzeiten eingeführt wird.**

Neben dem ÖPNV gehört auch das Radwegenetz zur Mobilitätswende. Bekanntlich sind die Radwege in Gronau in einem Zustand, der stellenweise schlechter kaum sein könnte. Und so muss man sich für Gronau schämen, wenn niederländische Gäste mit Fahrrädern von Glanerbrug kommen und dann mit den Schlaglöchern längs der Enscheder Straße konfrontiert werden. Bei der Weiterfahrt an der Ochtruper Straße ist es nicht besser. Der Bauhof müsste doch in der Lage sein, wenigstens die gefährlichsten Stellen auszubessern. Doch beim Thema Radwege dreht sich derzeit scheinbar alles um die Planung der Fahrrad-Autobahn durch den Stadtpark. Unsere Fraktion ist aber der Meinung: **Nur um Fördermittel zu bekommen macht es keinen Sinn, einen Radweg durch den Park über das Knie zu brechen. Die Trassenvorschläge sind gut gemeint, aber noch nicht zu Ende gedacht.**

Zukunftsorientierte klimaverträgliche Verkehrsentwicklungen sehen eine Verlagerung des Autoverkehrs hin zum Bahn-, Bus- und Fahrradverkehr, vor. Entsprechend werden viele Straßen zukünftig weniger von Autos genutzt. Es wird sich anbieten, die zunehmend

freiwerdenden Straßen für das vermehrte Aufkommen von Fahrrädern und Lastenrädern zu nutzen. Im Unterschied zu herkömmlichen Fahrradwegen ist besonders für Lastenräder auf den breiten Straßen ein großes Raumangebot vorhanden.

Gronau wird oft als Fahrradstadt bezeichnet. Das ist gut so, aber **in der Realität ist es mit der Mobilitätswende in Gronau noch nicht weit her**. Da wundert man sich auch nicht, wenn mitten in der Innenstadt die Anlage eines (temporären) Parkplatzes im Hertie-Loch als großes Erlebnis gefeiert wird. Spätestens wenn das Ganze beim nächsten Starkregen unter Wasser stehen wird, wird man bemerken, dass sich auch Gronau nicht dauerhaft dem Klimaschutz und der Mobilitätswende widersetzen kann.

Bei der **Urananreicherungsanlage** werden weiterhin Container mit Uranmüll unter dem freien Himmel gelagert, dessen Verbleib völlig offen ist. Ein nötiges sicheres Endlager gibt es nicht und was mit dem früher nach Russland verbrachten Uranmüll passiert, weiß kein Mensch. Und während 2023 die letzten Atomkraftwerke in der Bundesrepublik abgeschaltet wurden, soll die Gronauer Urananreicherungsanlage weiterhin Uran für AKW in aller Welt anreichern. Die Fraktion GAL / Die Linke lehnt das ab, zumal auch nicht ausgeschlossen werden kann, dass auch Uran aus Russland zum Einsatz kommt.

Der Rat der Stadt Gronau hat einstimmig ein Atommüll-Endlager in den Salzstöcken bei Gronau abgelehnt. Wer aber ein Endlager vor der Haustür ablehnt, darf nicht tatenlos zusehen, wie in Gronau Atommüll produziert wird, der letztlich anderen Leuten vor die Tür gekippt werden soll. **Vom Bürgermeister erwarten wir, dass er sich dafür einsetzt, dass der Gronauer Haushalt zukünftig ohne strahlende Gewerbesteuer auskommt.**

Bundesweit fehlen rund eine Millionen **Sozialwohnungen**. Auch in Gronau ist das Problem bekannt und es besteht ein Mangel an einfachen und preiswerten Wohnungen. Bezahlbaren Wohnraum zu finden, ist zunehmend für immer mehr Menschen extrem schwierig. Auch ein Durchschnittseinkommen genügt oft nicht mehr, um eine angemessene Wohnung bezahlen zu können. **Vor diesem Hintergrund fordert unsere Fraktion verstärkte Bemühungen beim Sozialen Wohnungsbau.** Dabei steht für unsere Fraktion fest, dass beim Bauprojekt an der Schiefen Straße / Bruuner Busch kein Sozialer Wohnungsbau zum Zuge kommen wird. Ein Grund mehr, die Abholzung der grünen Lunge mitten in der Stadt zu verhindern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch in diesem Jahr wird die Fraktion GAL / Die Linke dem Haushaltsentwurf nicht zustimmen. Unser Tenor wurde ja deutlich: Klima- und Umweltschutz kommen weiterhin zu kurz. Der Deckelung des ÖPNV bei 500.000 Euro liegt keinerlei Konzept zu Grunde. Für die **Ostumgehung** wurde zwar kein Geld im Haushalt hinterlegt, aber sie ist trotz der miserablen Finanzlage der Stadt noch immer nicht gestoppt worden. Auch das umstrittene Baugebiet **Steenkuhle** steht noch immer auf dem Wunschzettel der Bauverwaltung sowie der Ratsmehrheit. Beim Drilandsee wird weiterhin Geld verprasst. Noch mehr Geld, das an anderer Stelle fehlt, wird für die QEG und das Ärztehaus „verbraten“. Und wie in den früheren Jahren ist eine große Säule des Gronauer Haushaltes Geld aus der Gewerbesteuer der Atomindustrie, die Atommüll ohne Ende produziert und selbst aktuell vor der direkten oder indirekten Zusammenarbeit mit Russland nicht zurück schreckt.

Wir fordern den Bürgermeister auf, zukünftig mit Nachdruck die Probleme unserer Stadt unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte zu lösen. Hierzu gehören besonders der soziale Wohnungsbau und der Artenschutz. Das Bauen im Bruuner Busch steht dazu völlig konträr. Vom sozialen Wohnungsbau wird man dort nichts finden und egal ob dort 5 oder 10% der Bäume erhalten werden: Artenschutz sieht anders aus.

Natürlich gibt es auch im Haushaltsentwurf 2024 auch positive Aspekte (Freiwillige Leistungen, z. B. für die Integrationsarbeit, für die Förderung des Fairen Handels oder Zuschüsse für die Feuerwehr, um nur einige Beispiele zu nennen). Sie gilt es auszubauen um auch gerade ehrenamtliches Engagement zu fördern und um das zwischenmenschliche Leben in Gronau attraktiver und lebenswürdiger zu gestalten..

Wir bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei, die in den letzten Monaten enorme Rechenkünste walten lassen mussten. Und bei der gesamten Verwaltung incl. städtischer Gesellschaften bedanken wir uns für ihre tägliche Arbeit, sei es z. B. bei der Planung und Durchführung von Bauvorhaben, bei der Organisation der Kulturarbeit in Gronau, bei der Feuerwehr oder in den Bereichen Migration und Jugendarbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Udo Buchholz, für die Fraktion GAL / Die Linke im Rat der Stadt Gronau